

Antrag

der Abgeordneten Alexander Süßmair, Dr. Kisten Tackmann, Karin Binder, Eva Bulling-Schröter, Kornelia Möller, Sabine Stüber und der Fraktion DIE LINKE.

Bundeseinheitliche Chip- und Registrierungspflicht für Welpen einführen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nach Artikel 20a des Grundgesetzes ist es Aufgabe des Staates, die Tiere zu schützen. Bezüglich des Handels mit Welpen besteht aufgrund aktueller Missstände akuter Handlungsbedarf.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. in Abstimmung mit den Ländern eine bundesweit einheitliche Chip- und Registrierungspflicht für Welpen einzuführen, damit deren Herkunft, Gesundheit und Haltungsbedingungen nachgewiesen werden können,
2. in Zusammenarbeit mit inländischen Züchtern und Tierschutzorganisationen weitere Maßnahmen zu prüfen, um illegalen Welpenhandel und den Import von Welpen, die unter tierschutzwidrigen Bedingungen gezüchtet wurden, zu unterbinden.

Berlin, den 12. Juni 2013

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Mehrere Tierschutzorganisationen haben bereits 2010 die Kampagne „Wühltschwelpen nein danke!“ gestartet. Hintergrund sind die zunehmenden Aktivitäten illegaler Welpenhändler, die unter tierschutzwidrigen Bedingungen Welpen unklarer Herkunft an die Käuferinnen und Käufer in Deutschland und ganz Europa bringen. In Tierschutzkreisen ist von einer regelrechten „Welpenmafia“ die Rede, die eine regelrechte „Aufzuchtindustrie“ betreibt. Mitte Dezember 2012 berichtete auch das ARD-Magazin „Plusminus“ über diese Missstände.

Zum Teil erhebliche Unterschiede bei der Rechtslage zwischen den Bundesländern begünstigen Schlupflöcher für diesen Welpenhandel. Daher ist eine bundeseinheitliche Lösung zielführend.

